

### Nr. 5.5.3.05

#### **Alberto Pirelli: Deutsche Reparationen. Nachrichten, die am 24. und 25. November 1931 in Zürich und Basel gesammelt wurden (24.11.1931).**

*Private Aufzeichnung*

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Fondazione Pirelli, Nachlass Alberto Pirelli 39

Formalia:

Maschinenschriftliche Aufzeichnung. Übersetzung aus dem Italienischen.

Regest:

*Der informelle italienische "Wirtschaftsaußenminister", Alberto Pirelli, beschreibt die Stimmung im Beratenden Ausschuss, der im Zuge des Young-Plans eingerichtet wurde. Nach dem Hoover-Moratorium und dem britischen Abgehen vom Goldstandard blieb die Frage offen, ob Deutschland jemals wieder Reparationszahlungen leisten würde. Der deutsch-französische Gegensatz wird hier erneut sichtbar, während die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit weiterhin in der Schwebe blieb. Insgesamt gibt die Quelle einen Einblick darin, zu welcher Resignation die US-amerikanische Initiative in der Frage von Reparationen und Interalliierten Schulden insbesondere auf französischer Seite im Jahr 1931 führte. Die Quelle ist im Original auf italienisch abgefasst.*

Notizen: Deutsche Reparationen. Nachrichten, die am 24. und 25. November 1931 in Zürich und Basel gesammelt wurden

24. November 1931

Quesnay sagt mir:

1) Die Arbeit des Konsultativausschusses begann unter besonders schwierigen Bedingungen. Deutschland hat Frankreich erklärt, dass es nie wieder auch nur einen Pfennig an bedingtem oder unbedingtem Anteil zahlen wird und dass jede deutsche Regierung, die sich zu Zahlungen bereit erklärt, sofort gestürzt wird. Die deutsche Mentalität scheint die von Leuten zu sein, die sagen: "Wir haben die Grenze unserer Möglichkeiten erreicht; wir können euch nichts zahlen, macht, was ihr wollt; wenn ihr meint, ihr könnt das Rheinland oder das Ruhrgebiet wieder besetzen, wird es euch nichts nützen".

Andererseits sind sich viele Schweizer Bankiers, auch aus der Deutschschweiz, einig, dass Deutschland heute etwas besser dasteht, als noch vor ein paar Monaten; dass auch deutsche Privatpersonen in letzter Zeit in großem Umfang ausländische Wertpapiere aufkaufen und vor allem Anleihen von Industrien, die im Ausland begeben wurden und auf einen sehr niedrigen Preis gefallen waren, zurückkaufen (ein Bankier erzählte mir, dass einige Industrien trotz des scheinbaren Verbots der Reichsbank, aber in Wirklichkeit mit deren Zustimmung, amerikanische[2] Anleihen mit einem Abschlag von 20 % zurückgekauft haben, den Erlös aber dazu verwendet haben, ihre eigenen Anleihen in Dollar mit einem Abschlag von 60 % zu kaufen). Kritisiert werden in der Schweiz auch die enormen Ausgaben Deutschlands für die soziale Wohlfahrt und auch für künstlerische Werke; erwähnt werden sehr hohe Gehälter wie das des Reichsbankdirektors von 300.000 Mk.

2) Im Gegensatz zur Haltung Deutschlands steht die Haltung Frankreichs. Quesnay informierte mich über das Vorgehen von Rist, dem französischen Delegierten im Beratenden Ausschuss. Er hat mir ein Dokument vorgelesen, von dem ich annehmen muss, dass es sich um die Anweisungen von Laval an Rist handelt, die wie folgt zusammengefasst sind:

Nichts ist der Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens so abträglich wie der Bruch von Pakten.

Der Beratende Ausschuss darf kein Revisionsausschuss sein; dies ist nach dem Young-Plan verboten. Er wird Maßnahmen vorschlagen müssen, die Deutschland in die Lage versetzen, Zahlungen zu leisten; zu diesen Maßnahmen können Erleichterungen für Sachleistungen gehören, z.B. durch Verträge über die Lieferung von Gütern, bei denen das begünstigte Unternehmen ein Darlehen für zwei oder drei Jahre an die deutsche Regierung[3] vergibt, die dann die Schulden an Privatpersonen und nicht an die Regierung zurückzahlt. Das scheint mir nicht praktikabel zu sein.

Rist wird alles tun müssen, um die direkte Verbindung zwischen Reparationen und Schulden zu verschärfen, indem er die französische Absicht bekräftigt, Deutschland alles das nicht zu erlassen, was Frankreich nicht erlassen wird, und indem er vorschlägt, dass Amerika, wenn es weiterhin bezahlt werden will, auch Zahlungen in Naturalien akzeptieren sollte.

Der Ausschuss wird die Mehrausgaben der deutschen Verwaltung sehr gründlich prüfen müssen.

3) Sollte Frankreich bei diesem Programm unnachgiebig bleiben, sehen wir keine Erfolgsaussichten für die Arbeit des Ausschusses.

Quesnay erwähnte mir gegenüber ein französisches Projekt, das die Deutschen nicht akzeptierten und das darin bestand, eine große Holdinggesellschaft zu gründen, die dazu gedient hätte, die Reparationszahlungen zu tarnen und auch dem deutschen Haushalt einige Mittel zuzuführen. Diese Holdinggesellschaft hätte die Anleihen der deutschen Eisenbahnen und einiger großer deutscher Industriefirmen, aber auch Anleihen von Unternehmen der Gläubigerländer gehalten. Der Reichshaushalt würde nicht nur nicht belastet, sondern könnte z.B. 10 % der Gewinne der Holding erhalten, der Rest würde als Reparationszahlungen an die Gläubigerstaaten gehen. Deutschland war nicht einmal bereit, über einen solchen Plan zu diskutieren.<sup>1</sup>

In den Gesprächen, die in den letzten Tagen mit Quesnay, Fraser und anderen geführt wurden, kam der Gedanke wieder auf, den veränderten Wert des Goldes zu nutzen, um eine Verringerung der an die Öffentlichkeit, insbesondere die amerikanische, aber auch die französische Öffentlichkeit zu zahlenden Beträge zu rechtfertigen. Während es sich im Vergleich zur Zeit des Young-Plans um eine Verringerung um etwa 30 % handelt und diese Verringerung[4] für die unbedingten Zahlungen gelten könnte, müsste die Verringerung der Schulden bei den Verbündeten unter Berücksichtigung des Wertes der Güter zum Zeitpunkt der Gewährung der Darlehen durch Amerika erfolgen, was zu einer Verringerung von vielleicht 60 oder 65 % führen könnte.

Es scheint akzeptiert worden zu sein, dass zwischen Laval und Hoover keine genaue Vereinbarung über eine proportionale Reduzierung der Schulden und Reparationen getroffen wurde.<sup>2</sup> Stattdessen deutete Fraser an, dass Hoover eine Verlängerung des Moratoriums um ein Jahr, vielleicht auch zwei Jahre, im Sinn hatte. Andererseits wurde aber die amerikanische Auffassung bekräftigt, mit den einzelnen Nationen eine mögliche Revision des Schuldenabkommens auf der Grundlage jeder Änderung der Zahlungsfähigkeit jeder einzelnen Schuldernation zu erörtern.

---

1 Dass der französische Staat oder französische Unternehmen große Anteile an deutschen Unternehmen halten sollten, wurde in Deutschland äußerst emotional diskutiert und zumeist scharf abgelehnt.

2 Es geht um die Nachverhandlungen zwischen den USA und Frankreich über das Hoover-Moratorium.